

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitdruck oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung bestelle man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hamerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von E. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt

Wer hindert den Verkehr zwischen Deutschland und Oesterreich?

Deutschland. Frankfurt (Die Matricularbeiträge zur Marine. Vorherrschende Debatte über die Posener Demarcationslinie und das Oberhaupt. Eine Erklärung des Abgeordneten Dr. Wuttke). Berlin (Wahlangelegenheit). Magdeburg (Die Wahlen). Dresden (Die zweite Kammer und ihre nächsten Pläne). Leipzig (Statistik der sächsischen Kammern. Erklärung des deutschen Vereins). Stuttgart (Zollvereinsgegenstände). Karlsruhe (Ein Antrag des Freiherrn v. Andlau). Mainz (Adresse gegen die Herabsetzung der Zölle auf ausländische Waaren). Weilburg (Stimmen für den König von Preußen als deutsches Oberhaupt). Koburg (Die Stände erklären sich für den König von Preußen als deutsches Oberhaupt). Hildburghausen (Eine Adresse in demselben Sinne).

Schweiz. Bern (Der Bundesrath. Professor Lohbauer). Italien. Rom (Interventionsgerichte). Frankreich. Paris (Ausrüstung einer Flotte in Toulon. Nationalversammlung. Wiederaufleben der Rachel. Guizot's neueste Schrift). Spanien. Madrid (Budgetvorlage. Adressendiscussion). Großbritannien. London (Spaltungen im Ministerium. Die Bank. Andrian's Adresse nach Deutschland). Nachschrift. Börsenberichte.

* Wer hindert den Verkehr zwischen Deutschland und Oesterreich?

Beinahe jeder Vortrag gegen die Ermächtigung für das Reichsministerium, mit Oesterreich zu verhandeln, hatte seinen volkswirtschaftlichen Theil. Der Text war: Süddeutschland ist verloren, wenn Heinrich v. Gagern die Befugnis erhält, über das Verhältnis von Oesterreich zu Deutschland mit dem Cabinet in Umlauf zu verkehren. Man hätte sich freilich, die Frage in dieser einfachsten Form zu stellen, man sagte: Süddeutschland ist verloren, wenn Oesterreich aus dem Bundesstaate ausgeschlossen wird; allein da nicht vom Ausschließen, sondern vom Verständigen über die Art der Verbindung die Rede war, so bedarf es nur der Richtigstellung dieses Punktes, um das Widersinnige der Behauptung klar zu machen. Herr Moriz Mohl hatte es unternommen, die Süddeutschen vor dem Verluste ihres Verkehrs mit Oesterreich zu warnen; hatte er doch unlängst bei dem § 19 a bewiesen, daß dem Volkshaufe das Steuerbewilligungsrecht genommen werde, obgleich ihm die jährliche Bewilligung des Budgets zuteil. Herr Moriz Mohl bebt vor seiner Beweisführung zurück. Süddeutschland, sagte er, ist bis jetzt von der preussischen Industrie ausgebeutet worden; alle Bemühungen, Preußen zu einer Handelspolitik zu bringen, welche der Industrie einen kräftigeren Schutz gewähre als das vorangeschrittene preussische Gewerbswesen bedarf, waren fruchtlos: Preußen fügt sich dem Einflusse der britischen Politik. Oesterreich dagegen schließt schon lange seine Industrie; nur wenn Oesterreich bei Deutschland bleibt, wird das Gleichgewicht der Interessen zwischen Nord und Süd hergestellt. Wir Süddeutsche wollen auch eine Industrie haben; wir hegen Zuneigung für Oesterreich, Abneigung gegen Preußen, folglich — soll das Ministerium über die Verbindung zwischen Oesterreich und Deutschland nicht verhandeln! Wird denn damit der Zweck erreicht, wird eine Schiffahrtsacte, eine Handelspolitik für beide Theile dadurch zu Stande gebracht, daß man nicht darüber verhandelt? — Wollte der Redner den Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich in Beziehung auf die Sorge für die materiellen Interessen Deutschlands hervorheben, so hätte er doch das Wichtigste nicht vergessen dürfen. Er hätte erwähnen sollen, daß schon die Bundesacte den freien Verkehr in Deutschland versprochen hatte, daß Oesterreich den Vorstoß am Bundestage hatte, daß schon im Jahr 1819 von Baden ein Vorschlag für Beseitigung der Zollschranken zwischen den deutschen Bundesstaaten eingebracht wurde, daß es mithin Oesterreich nicht an Gelegenheit fehlte, den materiellen Interessen Deutschlands seine Sorgfalt zuzuwenden. Allein es that nichts; der Schutz seiner eigenen Industrie war gegen die deutschen Bundesstaaten eben so wie gegen das übrige Ausland gerichtet. Die Versuche süddeutscher Staaten für ein gemeinsames Zollsystem — wir erinnern an die Verhandlungen in Darmstadt im Jahre 1824 — blieben so lange ohne Erfolg, bis Preußen sich der Sache annahm und den Zollverein in das Leben rief. Auch damals waren die Antipathien gegen Preußen lebendig, in Dresden wie in Karlsruhe; man sträubte sich gegen den preussischen Einfluß, aber bald erkannte man die Vortheile der Einigung; und wenn manche Zweige der Gewerbsthätigkeit den gebührenden Schutz nicht erlangen konnten, so war doch nun erst für die kleineren Staaten eine Industrie möglich. Das Niederfallen der Zollschranken im Innern, das große, freie Markgebiet von der Schweizergrenze bis nach Memel haben wir stets für die schönste Seite, für den größten Vortheil des Zollvereins

gehalten. Die heftigsten Gegner des mangelhaften Tarifs werden doch den Verein nicht aufgeben, die Schlagbäume an den Grenzen der Einzelstaaten nicht wieder aufrichten wollen. Oesterreich ist dem Zollvereine nicht beigetreten; man fürchtet sich dort, wie in Zeitungen und Adressen verlautet, vor den Einwanderern aus dem überfüllten Württemberg und Baden, vor der Ueberschüttung mit Erzeugnissen der deutschen Industrie. Diese Besorgnisse werden überwunden werden; Oesterreich wird seine Zollschranken gegen Deutschland allmählig fallen lassen, — wenn man sich mit ihm verständigt, wie das Reichsministerium vorge schlagen und die Verammlung zugestanden, — gegen den Antrag des Herrn Moriz Mohl. Daß Oesterreich gewonnen werde, wenn man ihm eine Verfassung bietet, die es nicht annehmen kann, scheint uns schwer begreiflich; daß es aber geneigt ist, sich überinnige Beziehungen zu Deutschland zu verständigen, davon hat Herr v. Gagern durch den Vorschlag Oesterreichs vom 26. Dec. über die Vereinigung der Consulate den Beweis geliefert. Nicht das Reichsministerium, nicht die Mehrheit der Reichsversammlung will Oesterreich von Deutschland losreißen: die Slaven wollen es. Gegen diese mögen Herr Moriz Mohl, sammt den Herren v. Wydenbrugg und Gistra ihre Worte richten; dann begrüßen wir sie als unsere Bundesgenossen. Wir bescheiden uns mit dem Versuche, den möglichst engen Beschluß zu erzielen, und werden dem Bestreben, durch die Slavenbefreiung das Mittelreich zu gründen, kein Hinderniß in den Weg legen.

Eine Ansprache.

Die nun der Reihe nach eintreffenden Erklärungen der kleineren deutschen Staaten, wodurch diese sich den dießigen Verfassungsentwurf aneignen und einem einheitlichen erblichen Reichsoberhaupt unterwerfen wollen, geben ein erfreuliches Zeugniß von dem in unseren Tagen selten gewordenen patriotischen Aufschwung, enthalten aber auch zugleich eine offene Anerkennung der gegenwärtigen Lage. Die Mehrzahl der deutschen Völker ist der Revolutionen und des ungewissen beängstigenden Zustandes, in dem wir uns befinden, müde und will ihren Leiden und Opfern eine Grenze gezogen wissen. Der nächste Weg zu diesem Ziele besteht in der Annahme des Verfassungsentwurfes, und dieser Weg wird daher ohne Zagen betreten. Nur die großen deutschen Staaten und einige der mittleren nehmen Anstand, ein Gleiches zu thun. Allein auch für diese sind die Mahnungen der Zeit zu ernst, als daß sie mit ihrer Entscheidung noch länger zögern könnten. Thun sie dieses gleichwohl, so stürzen sie einen großen Theil von Deutschland in unabsehbare Verwirrung, und wir wagen nichts, wenn wir behaupten, daß auch sie das Opfer davon sein werden. Die Hauptentscheidung, das faßt Jeder, muß von Preußen ausgehen. Es ist bekannt, daß der König von Preußen seine Bereitwilligkeit erklärt hat, sich an die Spitze des dießigen Verfassungswerkes zu stellen, wenn er von den übrigen Fürsten Deutschlands darum angegangen werde. Diese Bedingung ist durch die hochherzigen Erklärungen elf deutscher Fürsten heute schon theilweise erfüllt, und von diesem Augenblicke an wird der König von Preußen für die Geschichte derjenigen Staaten mit verantwortlich, die ihr Heil in einem einheitlichen Oberhaupt Deutschlands suchen. Der König von Preußen ist aber zu ritterlich gesinnt, als daß er gegen die bedrängten Völkerrämme Deutschlands sein Wort nicht lösen sollte. Nur ein Hinderniß ist noch vorhanden, das ihn abhalten könnte, mit der Offenheit hervortreten, die wir für unerlässlich halten. Es sind dies die engen Bande, die ihn an Oesterreich ketten. — Allerdings verlangen diese Bande die freundschaftlichste Rücksichtnahme, allerdings ist es ein schweres Opfer, das Oesterreich zu bringen hat, wenn es die Leitung der materiellen und militärischen Angelegenheiten Deutschlands in die Hände Preußens legt, und sich nur als Folge einer Union, eines Schutzes und Trugbündnisses die Gemeinschaft der Leitung der höhern Politik vorbehält, die ihm von Niemand wird streitig gemacht werden, und die es zum wahren Heile von Oesterreich und Deutschland auch fernerhin einnehmen möge. Allein auch dieses Hinderniß wird beseitigt werden, sowie man die Sache fest ins Auge faßt. — Kein Staatsmann kann darüber im Zweifel sein, daß Deutschland seine wichtigsten Interessen fortan nur einer Regierung anvertrauen kann, die in aller und jeder Beziehung mit ihm auf gleicher Stufe steht, die gleiche Rechte, gleiche Pflichten mit ihm theilt. Diese Gleichheit der Rechte und Pflichten muß eine wirkliche und keine scheinbare sein. Bloße Versprechungen, Zusicherungen, die ihre Verwirklichung von der Zukunft erwarten, können nicht an deren Stelle gesetzt werden. Wohl wäre es der größte Gewinn, wenn auch Oesterreich dieser Bedingung genügen könnte. Allein die Unmöglichkeit einer solchen Gleichstellung

liegt zu sehr am Tage, als daß darüber noch ein Wort zu verlieren wäre. Oesterreich selbst müßte das größte Bedenken dabei tragen, Verpflichtungen einzugehen, deren Erfüllung außer seiner Macht liegt. Wie könnte die österreichische Regierung die Hand dazu bieten, daß die neue Regierung Deutschlands, durch die Institutionen, mit deren Entwicklung und Anwendung sie beauftragt werden wird, in den österreichischen Staaten Propaganda mache, und so das von ihr neuzubauende Werk der österreichischen Verfassung zerstöre, um letztere mit der Deutschlands zu verschmelzen? Oesterreich befindet sich nun einmal in einem anderen Stadium des Entwicklungsprocesses, als Deutschland, und nichts wäre gefährlicher, als diesen Process durch Einmischung fremdartiger Elemente zu fördern und zu hemmen. Deutschland trägt wahrlich nicht die Schuld, daß dem so sei. Hätte Oesterreich seit dem Jahre 1815 mit dem übrigen Deutschland gleichen Schritt gehalten, hätte es den Art. 13 der Bundesacte ebenso zur Anwendung gebracht, wie es in den kleineren Staaten Deutschlands geschehen ist, oder hätte es auch nur seine materiellen Beziehungen zu Deutschland in ähnlicher Weise geordnet, wie Preußen es durch die Zollvereins- und so viele andere Verträge gethan, die Klust wäre niemals entstanden, die sich jetzt zu unserem tiefsten Schmerze zeigt, und die keine menschliche Weisheit mit einem Male auszufüllen oder zu überspringen vermag. Der Zeit muß in dieser Beziehung ihr Recht werden, allein auch nicht mehr als dieses. Oesterreich trete an die Spitze Deutschlands, oder verbünde sich mit ihm, aber nicht weiter, als dies mit voller Gleichheit der Rechte und Pflichten geschehen kann, nicht weiter als es möglich ist, ohne dem Erstarken Oesterreichs und dem Erstarken Deutschlands hinderlich zu sein. Wahrlich es hat eine lange Reihe von Jahren dazu gehört, um uns solche Worte abzupressen. Unsere Jugenderinnerungen, unsere Gefühle, die Ueberlieferungen unserer Geschichte, alles was wir uns Großes denken konnten, führt uns auf Oesterreich zurück. Das Kaiserhaus war und ist uns werth und theuer, das Wohlwollen und die Herzengüte seiner Glieder hat uns angesprochen, wie die Laute aus dem väterlichen Hause; allein der Ruf der Selbsterhaltung überdönt alles andere, ohne jedoch den Grundzug unseres Herzens zu verwischen. Auf letzteren möge man bauen und uns nicht mißverstehen, wenn wir da Hilfe suchen, von wo aus sie uns allein werden kann.

Deutschland.

RG Frankfurt, 16. Jan. In der heutigen Sitzung mußten wir von dem Reichsminister der Finanzen zu unserm großen Bedauern vernehmen, daß außer Oesterreich auch Mecklenburg-Strelitz, Luxemburg und Limburg, sowie Liechtenstein mit ihren Beiträgen zu den unterm 10. Oct. v. J. bewilligten Fonds zur Gründung unserer Marine noch gänzlich im Rückstande sind, daß Bayern und Kurheßen, ohne ihre Pflicht zu den Matricularbeiträgen zu befreiten, doch die Einzahlung der letzteren verweigern, und der Meinung sind, gegen dieselben Forderungen aufzunehmen zu können, welche sie wegen Truppenaufgebote an das Reich zu stellen gehabt. Wir hatten geglaubt, daß wenn irgendwo, gerade in dieser Angelegenheit der Wunsch und das Bedürfnis deutscher Einigung zur That werden, daß die deutsche Marine das erste Schöpfungswerk unserer Einheitsbestrebungen sein würde. Und am allerwenigsten konnte man vermuthen, daß nachdem das deutsche Volk so lebhaftes Interesse an diesem großen Nationalwerke gezeigt (die freiwilligen Sammlungen und Beiträge übersteigen bereits die Summe von 140,000 Gulden), wieder einzelne seiner Regierungen es sein würden, die demselben Schwierigkeiten bereiten, und durch Einwände, die man nur zu den Zeiten des Bundestags zu vernehmen gewohnt war, eine Schöpfung verhindern, die gerade jetzt, wo der Wiederausbruch des dänischen Krieges zu befürchten steht, ihrer eigenen Ehre, Sicherheit und Existenz wegen, unumgänglich nöthig ist. — Außer den wichtigen Debatten, die gegenwärtig unsere Zeit und Kräfte in Anspruch nehmen, steht uns binnen Kurzem noch eine weitere bevor, die nicht verfehlt wird, viele Leidenschaften und Interessen wieder in Bewegung zu setzen. Die Frage über die Genemigung der neuesten Demarcationslinie in Posen liegt dem völkerrechtlichen Ausschusse zur Begutachtung vor, welcher Herrn Schubert aus Königsberg mit Ausarbeitung des Berichts beauftragt hat. Der Ausschuss wird sich seiner großen Majorität nach für die Genemigung der Linie aussprechen. Ob der Antrag, das ganze Großherzogthum in den deutschen Bund aufzunehmen, wie er polnischerseits bereits in Berlin gestellt worden, auch hier zur Erörterung kommen wird, steht wohl nicht in Zweifel; wir glauben jedoch nicht, daß derselbe die Majorität des Hauses für sich haben werde, so

wenig wie man in Berlin darauf einzugehen scheint. — Die Debatte über das Reichsoberhaupt, obwohl sie schwerlich noch für die eine oder andere Ansicht Proselyten machen dürfte, ist heute noch nicht zum Abschluß gelangt. Das Resultat derselben erscheint uns in sofern nicht zweifelhaft, als sich die absolute Majorität für die Einheit aussprechen wird; ob auch für die Erblichkeit, steht sehr in Frage, indem viele Mitglieder derselben nur eventuell beistimmen werden. — Die Abstimmung in der letzten Debatte über das ministerielle Programm gibt, obwohl diese auch auf die gegenwärtige Frage mit ausgedehnt wurde, keinen sichern Maßstab; die dermalige Minorität wird sich zweifelsohne consequent bleiben, wogegen die Majorität auf den größeren Theil der Stimmen, welche, nur um das Ministerium zu halten, damals mit ihr gestimmt haben, nicht rechnen dürfte. — So eben wird im Parlamente eine Erklärung von Herrn Wuttke vertheilt, in welcher derselbe unsere neuliche Nachricht über das Verhältniß der sächsischen Regierung zu der jetzt schwebenden Oberhauptfrage als falsch darstellt und sich auf die bestimmte Versicherung des sächsischen Bevollmächtigten bezieht, der von einer solchen Erklärung nichts wisse. Das ist alles wohl möglich und haben wir auch von einer officiellen Erklärung gar nicht gesprochen; gleichwohl beharren wir bei unserer Mittheilung und könnten wir dieselbe vervollständigen, wenn wir nicht Herrn Wuttke, der unserer Nachricht sogleich factische Unirriebe als Motiv untergeschoben hat, die Freude gönnen wollten, für unsere Zurückhaltung sich Motive zu fingiren. Ob übrigens eine solche Erklärung unter den obwaltenden Verhältnissen äußerst unklug wäre, wie Herr Wuttke behauptet, wollen wir dahin gestellt sein lassen; daß sie höchst patriotisch sein würde, um so patriotischer, je rascher, lauter, unumwundener sie erfolgt, das wird selbst ein Gegner des Erbaisertums nicht bestreiten.

Berlin, 14. Jan. Laut öffentlicher Bekanntmachung des hiesigen Magistrats sind die Vorbereitungen zu den am 22. anstehenden Wahlen der Wahlmänner für Berlin zum Schlusse gediehen. Die 102 Stadtbezirke sind in 270 Wahlabtheilungen zerlegt und außerdem für das in Kasernen und öffentlichen Gebäuden stationirte Militär 17 Wahlabtheilungen gebildet. Die bürgerlichen Wahlabtheilungen haben im Ganzen 1233 Wahlmänner zu wählen, in deren Händen dann die auf den 5. Februar anstehende Wahl der Berliner Abgeordneten zur zweiten Kammer liegt, da die 68 Militärwahlmänner nur bei großer Zahlverschiedenheit der Parteien von Einfluß sein können.

Magdeburg, 14. Jan. Hier ist die Stimmung der Einwohner in Bezug auf die bevorstehenden Wahlen noch viel weniger gesondert, als in Berlin. Nur eine Ueberzeugung spricht sich bei den Meisten aus, nämlich die, daß unsere zukünftigen Kammern durch Sanctionirung der Verfassung vom 5. Dec., wie sie ist und ohne langes Wäzeln, dem Volke den Boden des Gesetzes, den es nun seit beinahe einem Jahre zu seinem Unglücke nicht minder als zu seiner Schmach vermisst, wiedergebe, damit die Zukunft unseres Vaterlandes nicht minder glorreich als seine Vergangenheit werde. Solche Gesinnung hat ganz vorzüglich unter den kleinern und mittlern Gewerbetreibenden Wurzeln geschlagen. Diese sehnen sich mehr nach einer Gewerbeordnung, als nach einer Staatsverfassung, die ihnen bisher noch nichts Erleuchtetes gebracht hat. Hier wie in Berlin verlangt man Beschränkung der Gewerbefreiheit, doch kaum weiter, als daß Jeder nur das Gewerbe treiben darf, was er gelernt hat. Von den früheren Abgeordneten Magdeburgs kann mit einiger Bestimmtheit nur Unruh auf Wiederwahl rechnen; auch Pax ist nicht ohne Aussichten, dagegen Weichsel und besonders Uhlisch dürfen kaum einen Stimmzettel mit ihrem Namen erwarten. Uhlisch, noch vor einem Jahre der Prophet Sachsens, der Messias Magdeburgs, hat seine Popularität so vollständig eingebüßt, daß er vor Kurzem aus einem Local der Sudenburg, wohin er mit Andern belehrenshalber gekommen war, so gut wie hinausgeworfen und mit Hohn nach der Stadt zurückgeleitet wurde. Auch dem Herrn v. Unruh wird eine nicht zu verachtende Partei einen Gegenkandidaten aufstellen in der Person des Hrn. de Foy, Directors der Magdeburg-Halle-Leipziger Eisenbahn, der bekannt ist als ein Mann vom besten Willen und großer Einsicht in die gewerblichen Zustände. Sonst erfahren wir noch, daß Schulz aus Wanzleben zur Wiederwahl in seinem früheren Wahlkreise nicht die mindeste Aussicht hat, ebensowenig Hr. Schneider, Bürgermeister von Schönebeck.

Dresden, 14. Jan. Die Zusammensetzung der Bureau unserer Kammern ist Ihnen bereits bekannt. Sie genügt, um sich ein Urtheil zu bilden. Daß wir eine neue Kategorie „alleräußerste Linke“ aufstellen müssen, ist kein Scherz, sondern bitterer Ernst. Mehrere der Herren von der äußersten Linken in Frankfurt, die ihr segensreiches Wirken jetzt dem sächsischen Lande zuwenden wollen, nehmen hier bei uns offenbar die äußersten Plätze noch nicht ein, die Partei Jäfel, Trütschler u. ist über sie weit hinaus zu placiren. Uebrigens hört man allerlei närrische Dinge. Es scheint die Absicht mehrerer Abgeordneten, den Eid auf die Verfassung nicht zu schwören, namentlich nicht dem König Treue zu schwören. Nun könnte man ja eigentlich damit ganz zufrieden sein, denn es wäre das natürlichste und erwünschteste, daß dieselben eben nicht in die Kammer treten dürfen. Die Sache steht indessen anders dadurch, daß einem Gerüchte zufolge die ganze Linke, und das würde entschieden die Majorität sein, austreten wolle, wenn man auf der Eidesformel beharre. Das wäre für uns allerdings das Schlimmste, denn dann hätten wir in wenigen Wochen neue Wahlen, und bis dahin ist die große Masse der Wähler noch nicht vernünftig geworden, die Matadors haben sich noch nicht ihrer ganzen Stärke nach zeigen können. Kommt es übrigens zu diesem extremsten Schritt nicht, so ist der Schlachtplan der Linken folgender: Auf eine Vertagung will man unter keinen Umständen eingehen und den Erklärungen der Minister, sie brauchten für die Beschaffung der Gesetzesvorlagen Zeit, entgegen-

setzen, daß es daran nicht fehlen würde, da die ersten 2 Monate wohl mit der Discutirung des Budgets, das man keineswegs provisorisch zu bewilligen geneigt sei, die nächsten zwei aber mit den Debatten über die Grundrechte des deutschen Volkes hingehen würden. Außerdem will man Gelder für provisorische Hilfsarbeiten in den Ministerien bewilligen. Da haben Sie nun ein ganz kurzes Bild über die mögliche Gestaltung unserer Verhältnisse in der nächsten Zeit. Welche Aenderungen darin eintreten, werde ich seiner Zeit berichten.

Leipzig, 13. Jan. Nach der politischen Windstille, welche den Wahlstürmen folgte und bei uns durch den Eintritt der Neujahrsmesse unterhalten wurde, richtet sich jetzt die allgemeine Aufmerksamkeit in verstärktem Grade auf den so eben zusammengetretenen Landtag. Das merkwürdige Ergebnis der Wahlen haben Sie bereits berichtet. In der ersten Kammer ist der Radicalismus verhältnißmäßig noch zahlreicher vertreten als in der zweiten; nur hier und da zeigt sich, gleich der Dase in der Wüste, ein Mitglied der gemäßigten Partei. Wie man indeß vielfach hört, soll die Mehrzahl der Radicales entschlossen sein, das gegenwärtige Ministerium zu stürzen, und es erscheint dies um so wahrscheinlicher, als der Sturz desselben nicht ein Ministerium Joseph, wohl aber ein Ministerium v. Carlowitz zur Folge haben dürfte. Dagegen ist es zur Zeit noch ein Geheimniß der radicalen Partei, wie sie mit diesem ihrem Vorsatz zugleich das ihren Wählern ertheilte Versprechen, die in dem Wahlmanifest der „entschieden freisinnigen“ Partei aufgestellten Forderungen zu erkämpfen, vereinigen wird. Es sind dies jene Forderungen, zu welchen sich das Ministerium in seinem „offenen Wort“ in directen Widerspruch stellt hat. Noch begieriger ist man indeß, die Gesinnung der neuen Kammern in Bezug auf allgemeine deutsche Fragen zu erfahren. Der hiesige deutsche Verein hat den Ständen zu einer solchen Manifestation die beste Gelegenheit gegeben. Derselbe trat nämlich gestern mit Stimmeneinhelligkeit zwei von Dr. Fricke und Prof. Jahn beantragten Petitionen bei, in welchen die Ständerversammlung aufgefordert wird, 1) bei dem Ministerium die sofortige Publication der deutschen Grundrechte und zwar ohne Discussion, zu beantragen, 2) ihrerseits die Erklärung abzugeben, daß die deutsche Reichsgewalt in der von der Nationalversammlung zu beschließenden Form an Preußen zu übertragen sei. Leider haben wir nur zu viel Grund, bei der Mehrzahl der Vertreter größere Begünstigung sächsischer Sonderinteressen, als eine edle Begeisterung für Deutschlands einheitliche Größe vorauszusetzen. Die überwiegende Mehrzahl der Abgeordneten sind Vaterlandsvereiner, welche, sehr in Widerspruch zu ihrer früheren Haltung, in neuerer Zeit principiell bemüht sind, die deutsche Reichsversammlung und ihre Beschlüsse herabzusetzen und in der Oberhoheitsfrage sich nicht nur gegen Preußen, sondern gegen jede einheitliche und mächtige Centralgewalt in Deutschland erklärt haben. Dafür haben wir wenigstens den nachhaltigen Trost, daß unser König und das Ministerium, mit beiden die überwiegende Mehrheit des Volks, deutscher Gesinnung sind, als die Stände.

Stuttgart, im Januar. In Betreff einiger in Zollvereinsachen getroffenen Verfügungen des Finanzministeriums, welche der nachträglichen ständischen Zustimmung bedürfen, hat Staatsrath Goppelt in einem Vortrage an die Stände das Nähere auseinandergesetzt. Die württembergische Regierung vermochte der von Preußen wiederholt beantragten, von allen übrigen Vereinsregierungen gut geheßenen Erhöhung der Rübenzuckersteuer auf 2 Thaler vom Zollcentner vom 1. Sept. 1848 bis 1850, ihre Anerkennung um so weniger länger zu versagen, als auch ihr wirtschaftliches Interesse gegenüber dem Ganzen dabei in verhältnißmäßig sehr untergeordneter Bedeutung erscheint. An dem Gesamtsteuerebtrage von 281,700 Thalern, welche die 107 Rübenzuckerfabriken des ganzen Zollvereins im Jahre 1846—47 geliefert haben, trugen die preussischen 86 Fabriken allein 248,436 Thaler (88 Procent), und die in allen übrigen Vereinsstaaten zusammen nur 33,264 Thaler (12 Procent), darunter Württemberg nur 7068 Thaler (2 1/2 Procent) bei, während letzterem Staate an der ganzen Nettoeinnahme nach dem Maßstabe der Bevölkerung 14,709 Thaler zu gut kamen. — Bei der Anordnung von Zuschlagzöllen auf mehrere ausländische Waaren, um die vereinsländische Industrie gegen eine drohende Ueberfluthung mit französischen Fabrikaten zu schützen, konnten Verhandlungen wegen deren Erweiterung, welche preussischer Seits vorgeschlagen waren, bei der vorhandenen Abneigung der Regierungen mehrerer Vereinsstaaten hiegegen bis vor Kurzem noch nicht eröffnet werden, und werden nun, bei dem Ablauf der Wirksamkeit der bereits bestehenden Zuschlagzölle (am 31. December 1848) ganz unterbleiben, nachdem von der französischen Regierung die Mittheilung gemacht worden ist, daß die dortigen außerordentlichen Ausfuhrprämien nicht über das Jahr 1848 werden verlängert werden. Uebrigens sind auf das Andringen der Regierungen von Belgien und Großbritannien für die von dort mit Ursprungszeugnissen eingehenden Waaren Ausnahmen von den Zuschlagzöllen zugesprochen worden. — Was die Verlängerung des gegenwärtigen Tarifes betrifft, so hätte, da die dreißigjährige Periode, für welche der Tarif giltig ist, mit dem Jahr 1848 sich schließt, den bestehenden Verträgen gemäß ein neuer Tarif für die Jahre 1849—1851 verhandelt und festgestellt werden sollen. Indes war bei der in Aussicht stehenden Umgestaltung der Zoll- und Handelsverhältnisse Deutschlands von der preussischen Regierung im April 1848 der Vorschlag gemacht worden, den dermaligen Tarif unter mehreren von ihr für zweckmäßig erachteten Aenderungen auf das Jahr 1849 zu verlängern. Wiewohl diese Aenderungen an sich in ihrer Mehrzahl für annehmbar gehalten werden konnten, schien es doch ohne gleichzeitige Aenderung des Tarifs im Sinn der von den süddeutschen Regierungen schon seit Jahren angestrebten Verbesserungen desselben nicht rathlich, auf jene Aenderungen, sowie auf Verlängerung des Tarifs um ein volles Jahr einzugehen, weßhalb von

Württemberg aus beide Vorschläge abgelehnt wurden. Auf dieser Ablehnung wurde auch beharrt, nachdem Verhandlungen wegen dieses Gegenstandes durch die aus anderer Veranlassung in Frankfurt befindlichen Commissarien der Vereinsregierungen eröffnet worden waren. Nach der Beseitigung des Antrags auf Verlängerung des Tarifs für das Jahr 1849 ist es nun gelungen, ein allseitiges Einverständnis auch darüber herbeizuführen, daß spätestens Anfangs Juni 1849 eine Revision des Zolltarifs durch eine Generalconferenz erfolgen müsse, wenn indessen nicht die zur Herstellung einer einheitlichen Zollverfassung Deutschlands getroffenen Einleitungen zu einem Resultate führen, nach welchem eine Revision überflüssig würde.

Karlsruhe, 15. Jan. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer zeigte Hr. v. Andlaw an, daß er in der nächsten Sitzung einen Vorschlag zu begründen gedenke: „Se. königl. Hoheit den Großherzog ehrenbeistigt zu bitten, mittelst Vorlage eines Gesetzes einen Verfassungsausschuß zu berufen, welcher ein Wahlgesetz und eine Reform der Verfassung sofort zu bearbeiten habe, um solche sodann einer zu berufenden Versammlung zu dem Zwecke vorzulegen, die neue Verfassung anzunehmen, abzuändern oder zu verwerfen.“ (Karlsru. Z.)

Darmstadt, 16. Jan. Der dritte Ausschuß der zweiten Ständekammer hat in seiner Mehrheit (die Abgg. Buff, v. Rabenau II. und Vollhardt) sich günstig für den Antrag mehrerer Abgeordneten: den König von Preußen an die Spitze des deutschen Reiches zu stellen, ausgesprochen, während die Minorität dieses Ausschusses (die Abgg. Leber und Knoch) glauben, daß man aus Rücksicht gegen Oesterreich jetzt noch nicht über diesen Punkt entscheiden solle. Dieser Gegenstand wird in den nächsten Tagen in der Kammer selbst zur Discussion kommen; das Resultat ist nicht mehr zweifelhaft: die große Mehrheit der Kammer wird sich für den Antrag der Majorität des Ausschusses aussprechen.

Mainz, 15. Jan. Bei sämmtlichen Gutsbesitzern und Weinhandlern circulirt eine Adresse an die Reichsversammlung zu Frankfurt a. M., gegen die von den norddeutschen Kaufleuten mit vielem Eifer betriebene Machination, bezüglich einer Herabsetzung der Zölle auf ausländische Weine. Die Adresse wird von allen Gutsbesitzern unserer Provinz unterzeichnet, wie man denn überhaupt bei uns alles anbietet, um die verderblichen Ideen der Freihandelsmänner in Frankfurt scheitern zu machen. Man erwartet hier, daß sich die Weinbergbesitzer der Bergstraße mit allem Eifer den hiesigen Bestrebungen anschließen werden, da man dort dasselbe Interesse hat, wie in Rheinhessen. (Darmst. Z.)

Weilburg, 12. Jan. Der „Rassauer Allgem. Zeitung“ zufolge, ist auch von hier aus eine Adresse an die deutsche Reichsversammlung in Frankfurt abgegangen, in welcher dem Verlangen, Preußen mit seinem Könige möge an die Spitze Deutschlands berufen werden, noch der weitere Wunsch angefügt ist, daß Heinrich v. Gagern „der verantwortliche Lenker der Geschäfte Deutschlands“ bleibe.

Koburg, 13. Jan. (Dorf.) Die Ständerversammlung des Herzogthums Koburg hat eine Adresse an die deutsche Reichsversammlung beschloffen, in welcher sie die Uebereinstimmung des Landes damit erklärt, daß ein erbliches Oberhaupt an die Spitze Deutschlands gestellt und daß Preußens König zum Oberhaupt des deutschen Reiches ausgerufen werde.

Gildburghausen, 12. Jan. Aus hiesiger Stadt wird in diesen Tagen folgende mit vielen Unterschriften versehene Adresse nach Frankfurt abgehen: Hohe Nationalversammlung! Die Unterzeichneten, durchdrungen von der Wichtigkeit der demnächst über die definitive deutsche Centralgewalt zu fassenden Beschlüsse und befeelt von dem lebhaften Wunsche, daß dieselben zur Wohlfahrt des Vaterlandes ausfallen mögen, halten es für ihre Pflicht, der hohen Nationalversammlung ihre Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß sich Deutschland einer starken und dauernden Einheit, eines wirksamen Schutzes geordneter Freiheit und einer kräftigen Vertretung nach außen nur dann zu erfreuen haben wird, wenn die Centralgewalt erblich mit der Krone Preußens vereinigt sein wird. (D. Z.)

Schw e i z.

Bern, 12. Jan. Unser mit so lautem Jubel begrüßte Bundesrath muß, nachdem er kaum die ersten Lebenszeichen seiner Thätigkeit gegeben hat, über einzelne seiner Beschlüsse den schärffsten Tadel erfahren. Daß er den deutschen Flüchtling Löwenfels aus der Schweiz gewiesen, und der Regierung von Baselland nicht gestattet hat, denselben als Schullehrer anzustellen, wird nur von ultraradicalen Zeitungen gerügt; daß er aber den Militärdirector Schenkein ermächtigt, den Professor Lohbauer nach Bern als Lehrer der Militärwissenschaften zu berufen, dagegen erhebt sich die gesammte Presse. Lohbauer, so heißt es, ein Württemberger, schrieb dort im Anfang der dreißiger Jahre den radicalen „Hochwächter“, kam dann als Flüchtling nach Bern, wurde an der Hochschule Professor der Militärwissenschaften, ging hier vom Liberalismus und Radicalismus zum Pietismus und Conservatismus über, gab seine Stelle bald auf, folgte einem Rufe nach Berlin, um vor der Märzrevolution im Dienste des damaligen Ministeriums eine Zeitung zu schreiben, die jedoch nicht zu Stande kam, lebte seitdem dort von einem contractlich festgestellten Jahresgehalt von 1200 Thlr. und trat nach der Märzrevolution wieder zur radicalen Partei über. Die Berufung dieses unzuverlässigen, und wie alle Blätter behaupten, in der Militärwissenschaft zwar sehr belehrten aber praktisch unerfahrenen „Schwaben“ betrachteten die Parteien der verschiedenen Farbe als einen Angriff auf die schweizerische Nationallehre, indem durch diese Maßregel viele praktisch bewährte schweizerische Offiziere hintangesezt wurden. Der Bundesrath wird wohl gegenüber diesem einstimmigen Ausdruck der öffentlichen Meinung die Unterhandlungen mit Herrn Lohbauer, wenn nicht die wirkliche Berufung schon erfolgt ist, wieder abbrechen. Soweit wir ein Urtheil abzugeben im Stande sind, ist Herr

Lohbauer ein ausgezeichnete Kenner der Kriegsgeschichte, der mit einem geistreichen Vortrage große Anschaulichkeit der Darstellung verbindet. Von seinen ehemaligen Zuhörern vernimmt man, daß ihm die Praxis völlig abgeht. Als Charakter hat er in politischer und religiöser Hinsicht öfter die Farbe gewechselt. Jedenfalls ist die Berufung Lohbauers gegenwärtig, wo gegen die Deutschen im allgemeinen eine gereizte Stimmung herrscht, ein Mißgriff. — Ueber die Thätigkeit des Bundesraths vernimmt man wenig. Er ist mit den Vorarbeiten zu den Anträgen und Gesetzentwürfen beschäftigt, die er der im März zusammentretenden Bundesversammlung vorlegen wird. Mit Ausnahme der beabsichtigten Gründung einer eidgenössischen Hochschule, die schon in der nächsten Sitzung zur Sprache kommen soll, sind die übrigen Gegenstände materieller Natur. In den Kantonen ist politische Windstille; die ultramontane Partei fängt jedoch wieder an sich zu regen. In Freiburg wird eine Petition im Volke herumgeboten, welche vom Großen Rath die Wiedereinführung des Bischofs verlangt. Der am 15. d. in Bern zusammentretende Große Rath wird allem Anschein nach von Interesse werden, indem die Regierung harte Angriffe wegen ihrer Finanzoperationen erfahren soll. Trotzdem, daß das Berner Obergericht den Präsidenten des Centralausschusses deutscher Demofraten in der Schweiz, den bekannten Becker in Biel, zu einjähriger, den Secretär Hattmer zu sechsmonatlicher Kantonsverweisung verurtheilt hat, erscheint das Organ der deutschen Propaganda „Die Evolution“ doch. — Nach der „Suisse“ hat nun auch England die neu constituirte Schweiz anerkannt.

Bern, 13. Jan. Die Bewegung über die Berufung Lohbauers dauert fort. Man beabsichtigt, den bernischen Offiziersverein zusammenzubringen, um sich mit den Offiziersvereinen der Kantone in Verbindung zu setzen und gemeinschaftlich zu berathen, welche Schritte man gegen diese Maßregel des Bundesraths herbeiführen könnte. — Die gegenseitige Begnadigung der Parteien im Kanton Luzern, welche vom Regierungsrath beantragt worden, stößt im großen Rath auf Widerstand. „Eine Entschädigung der gebrandschagten Freischärler sei mit einer Entlassung der Sonderbündler nicht auf die gleiche Linie zu stellen. Durch das Eingehen in den Sonderbund sei die Verfassung gebrochen und dadurch die Verantwortlichkeit für alle Folgen übernommen worden; die Freischärler aber hätten für die Rechte des Volks gekämpft.“ Man ist überall sehr gespannt auf den Entscheid dieser folgenwichtigen Frage. Eine allgemeine Absolution wird ihren Zweck der Verjüngung kaum erreichen, da sie von Radicals und Ultramontanen als Schwäche ausgelegt, von den ersten nicht verachtet, von den andern nicht dankbar anerkannt werden wird. Werden aber die Freischärler allein berücksichtigt, so müssen folgerecht auch die Freischaren der Kantone Solothurn, Bern, Aargau und Baselland entschädigt werden.

Italien.

Rom, 6. Jan. Ob ich wahr berichte, werden Sie wahrscheinlich beim Empfange dieses Briefes besser zu beurtheilen vermögen, als ich in diesem Augenblicke. Gutunterrichtete Personen aber wollen als sicher wissen, daß wir in den nächsten Tagen den Besuch neapolitanischer Schweizerregimenter zu gewärtigen haben, daß in Civitavecchia Befehl angelangt sei, 16,000 Nationen für französische Truppen bereit zu halten, daß endlich die Oesterreicher bereit seien in der Romagna einzurücken. Schreiben aus Gaeta deuten Aehnliches an (eine Anspielung darauf soll sich auch in dem letzten Protest des Papstes finden). Unwahrscheinlich ist eine Intervention nicht. Was thut man unterdessen hier? Man erwartet von Tag zu Tage die Rückkehr des Papstes. Das klingt sonderbar; allein wohl kann es sein, daß dies Gerücht absichtlich genährt wird, um das Volk mit dem Gedanken vertraut zu machen. Denn man spricht zu gleicher Zeit von einer Reaction, die sich unter der Bürgergarde vorbereite. Einige Bataillone derselben beabsichtigen, das Ministerium zu stürzen und eine Regierung mit dem Auftrage einzusetzen, den Streit mit dem Papste beizulegen. Im Interesse des Kirchenstaats wäre diese Wendung gewiß wünschenswerth, da sie die Intervention abführen würde. — Morgen soll große Parade sein, um eine von Benedikt geschenkte Fahne in Empfang zu nehmen; es scheint fast, daß man diese Gelegenheit zu einer Demonstration benutzen will. Daß Cardinal Altieri als Vermittler von Seiten des Papstes hier angelangt sei, wie vorgestern behauptet wurde, hat sich nicht bestätigt; eben so wenig die Angabe, daß der Finanzminister mit einer bedeutenden Summe entflohen sei. Allein Gerüchte sind hier oft für bevorstehende Ereignisse bezeichnend.

Frankreich.

Paris, 14. Jan. Neuerdings ist das Gerücht verbreitet, die Regierung beabsichtige eine Flotille nach Civitavecchia abzusenden; es heißt sogar, daß in Toulon der Befehl angelangt sein soll, sofort 7—8000 Mann einzuschiffen. Der „Constitutionnel“ läßt sich darüber aus dieser Stadt schreiben: „Toulon, 8. Jan. In unserm Hafen ist plötzlich ein sehr reges Leben. Mittels des Telegraphen ist der Befehl hier angelangt, die möglichst große Zahl von Segel- und Dampfschiffen zur Abfahrt bereit zu machen, und die diesfälligen Vorbereitungen mit größtem Nachdruck zu treffen. Bereits haben die Fregatten Cacique und Nagellan, die Dampfschiffe Caton und der Dampfer Limone ihre Gesundheitsatteste genommen und warten nur auf den Wink des Telegraphen. Es ist dies das dritte Mal, seit Frankreich Republik ist, daß unser Hafen ein solches Schauspiel bietet. Dieses Mal lauten aber die Vorschriften der Regierung viel umfassender, als bei den früheren; denn sie erstrecken sich auf alle Fahrzeuge, welche irgendwie bewaffnet und ausgerüstet werden können. Eils Dampfer können, versichert man uns, vor Ablauf der nächsten Woche in See gehen.“ — Der Marseiller „Nouveliste“ vom 10. Jan. sagt in einer Nachschrift: „Wir können aus bester Quelle versichern, daß durch telegraphische Depesche dem Seeprefecten in Toulon die sofortige Ausrüstung von 11 Dampfern anbefohlen ward. Bald nach dem Eingang jener Depesche heizte

die Dampfschiffe „Solon“ und fuhr nach Gaeta mit einer geheimen Mission an den Papst ab. Obgleich über diesen Ausrüstungen noch Geheimniß schwebt, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß sie in Aussicht auf eine Intervention in den Kirchenstaaten geschickten. Wir erfahren aus einer Quelle, welche unser vollkommenes Vertrauen verdient, daß der Papst zu diesem, ihm von den Großmächten längst gemachten Vorschlage seine Zustimmung endlich gegeben hat. Man weiß nur noch nicht den Antheil zu bestimmen, den jede der anderen Großmächte bei dieser Intervention zu nehmen übernommen; doch sagt man uns so viel, daß sie alle wenigstens diplomatisch die Intervention unterstützen werden. Wir erwarten hier, in Marseille, einen Theil jener Fahrzeuge, um die Molliere'sche Brigade einzuschiffen.“ Zu diesen Nachrichten bemerken wir noch die Thatsache, welche der „Univers“ anzeigt, daß die Cardinale von Cambrai und Bourges zum Papst abgereist sind, um ihm die Erklärung zu bringen, daß es das bonapartistische Ministerium sehr gern sehen würde, wenn der Papst eine Reise nach Frankreich machte.

Die Nationalversammlung, welche in ihrer gestrigen Sitzung die Debatte über die Salzsteuer beendete, wird morgen zu der Wahl ihres ersten Präsidenten schreiten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieselbe abermals auf Marraff fallen wird.

Die Rachel ist gestern zum erstenmal wieder im Theatre frangais aufgetreten und bei ihrem Erscheinen mit Blumen und Applausen überschüttet worden. Louis Napoleon wurde bei seinem Eintritt in die ehemalige königliche Prosceniumloge mit Acclamationen empfangen.

Guizot's neueste Schrift: „die Demokratie in Frankreich“, macht, wie sich erwarten ließ, großes Aufsehen. Der Verfasser findet das Grundübel, an welchem die französische Gesellschaft leidet, in den demokratischen Tendenzen der Mittelklassen, welche seit dem Untergange der mittelalterlichen Stände aufgetaucht sind. Die Demokratie, sagt er, ist in Frankreich das Uebel der Uebel, die Ursache des Bürgerkriegs. In einem Lande, wo trotz aller politischen und bürgerlichen Gleichheit, so ungeheure Ungleichheiten des Vermögens, der Bildung, der socialen Thätigkeiten existiren, in einem solchen Lande könne der sociale Friede, diese Grundbedingung des Wohlstandes und jeder Politik, nur dadurch erhalten werden, daß die höchsten Gestalten in der socialen Ordnung auch die höchsten Gestalten in der politischen seien und dem Strome der Demokratie Widerstand leisten. Demokratie sei gleichbedeutend mit Anarchie, Chaos — und nur da, wo die Privilegirten selbst Republikaner seien, könne eine Republik existiren, da aber, wo das Umgekehrte der Fall ist, wie in Frankreich, wo man deshalb die Republik „demokratisch“ nenne, weil sie der Kampf der unteren und mittleren gegen die höchsten Klassen der Gesellschaft sei, da seien Republik, Demokratie, Anarchie, Socialismus und Communismus ganz gleichbedeutende Ausdrücke für einen Zustand des permanenten Bürgerkriegs.

Spanien.

Madrid, 8. Jan. Der Finanzminister Mon hat dem Gesamtministerium das neue Budget vorgelegt, durch welches er vermittelst bedeutender Ersparnisse das Land vor dem Bankerott retten will. Alle Mitglieder des Cabinets haben demselben ihre volle Zustimmung ertheilt. Es wird demnächst der Kammer zur Berathung übergeben werden. — Heute hat die Adressencommission begonnen. Sämmtliche Minister waren auf ihren Plätzen. Nur zwei Amendements sind eingebracht worden, das eine von General Javia betreffs Cataloniens, das andere vom Senator Collado, in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten.

Großbritannien.

London, 13. Jan. Allem Anschein nach bereitet sich in dem hiesigen Ministerium eine Krisis vor. Lord J. Russell soll in Folge eines Zwiespalts mit seinen Collegen über eine erledigte Stelle zurückzutreten gesonnen sein.

Der Wochenbericht der Bank von England zeigt minder wichtige Veränderungen, als mitunter am Vorabend der amtlichen Quartalszahlungen der Fall ist. Der Umlauf war gestiegen und künftige Berichte werden eine noch entschiedene Bewegung in dieser Richtung ergeben. Die Anhäufung der Baarschaft, welche über 15 Mill. Pf. St. beträgt, überrascht nicht mehr; wenn jedoch die Bank sich in fernere Darlehensunternehmungen mit ausländischen Bankgesellschaften einläßt, wie es neulich mit der Wiener Bank der Fall gewesen sein soll, und wenn zwei Drittel des Betrages solcher Anleihen aus England entnommen werden, so können gelegentliche Verminderungen des Metallvorraths eintreten. — Zu Windsor gab gestern die Königin dem Gesandten der deutschen Centralgewalt, Baron Andrian, eine Abschiedsaudienz, in welcher er sich vor seiner Abreise nach Deutschland bei ihr verabschiedete.

Nachricht.

* **Wien, 12. Jan.** Das Resultat der vorgestrigen Reichstagsitzung hat sich nach unserer gestrigen Auffassung bewährt. Besondere Sensation hatte hierbei die von Rieger gegen das Ministerium gerichtete einstündige Rede hervorgerufen. Der heutige „Lloyd“ schlägt in seinem leitenden Artikel die Besorgnisse sowohl über ein Abtreten des Ministeriums, als über eine Auflösung des Reichstags nieder. Das Letztere ward nach directen Nachrichten aus Kremsier daselbst auch nicht vorausgesetzt. — In der gestrigen Reichstagsitzung bestieg Minister Bach die Tribune. Sein Vortrag war namentlich gegen den Tags vorhergegangenen des Abgeordneten Rieger gerichtet. Er verwahrte sich gegen die Beurtheilung nach einzelnen Aeußerungen, aus der Erklärung vom 4. Januar gerissen, für welche er mit solidarisch einstehe. Er sei sich consequent geblieben; er wolle und wolle ein großes freies Oesterreich. Schon das vorige Ministerium habe die Gleichstellung aller Nationalitäten auch in Ungarn durchführen wollen, und auch den Muth gehabt, Conventsgeklüften und Eingriffen in die executive Gewalt entgegenzutreten; der Kampf wurde gewagt, aber das Ministerium sei — obwohl mit Ehre — erlegen. Als eine

Tagesmeinung die Krone in den Schatten stellen gewollt, habe das vorige Ministerium seine Ansicht offen ausgesprochen, womit die Grundsätze des heutigen nicht im Widerspruch ständen; ob der Vorwurf gegründet sei, daß er seiner Ueberzeugung untreu geworden? — Der Reichstag habe die Form der Erklärung mißbilligt, aber durch die gestrige Abstimmung das Princip bestätigt. (Mißfallen.) Er sei es sich bewußt, seiner Pflicht treu und ehrlich jederzeit nachgekommen zu sein, und niemals sein Mandat aus den Augen gelassen zu haben. Er sei dies seiner Ehre, seiner politischen Stellung schuldig (Beifall vom Centrum und Zischen von den Seiten.) — Man geht zum § 2 der Grundrechte. (Den ersten Satz: „Das Volk ist die Gesamtheit aller Staatsbürger“, gedenkt die tschechische Partei fallen zu lassen.) Wildner spricht mit Mißerfolg. Vorroß will gegen Bach sprechen und wird zur Sache gewiesen. — In Kremsier war von Ministerialveränderungen die Rede. — Gar, ein sehr unterrichteter Staatsbeamter, ist für Gumpendorf als Deputirter nach Frankfurt, Dr. Herz als Ersatzmann gewählt worden.

Oldenburg, 13. Jan. Die Deputation der Wahlmänner, welche gestern dem Großherzoge die Adresse der Wahlmänner des Kreises Oldenburg überbracht hat, in welcher dieselben Se. königl. Hoheit ersuchen, die Vereinbarung mit dem Landtage über die Civilliste wieder aufzunehmen, und von der Forderung einer Veränderung derselben in Domänen abzustehen, ist vom Großherzoge mit der Versicherung entlassen worden, daß er seinerseits alles Mögliche thun werde, um eine Vereinbarung mit dem Landtage herbeizuführen. Da nun zugleich das Ministerium den Auftrag erhalten hat, die Anträge des von dem Landtage constituirten Ausschusses für die schwebende Frage der Civilliste ad referendum zu nehmen, so ist wenigstens ein Schritt zu gegenseitiger Annäherung geschehen, was um so mehr zu wünschen ist, als mit der Beseitigung dieses Differenzpunktes auch das wesentlichste Hinderniß des endlichen Abschlusses unseres Verfassungswerks gehoben wird. Geht, wie zu erwarten und zu hoffen, der Großherzog auf seinen früheren Standpunkt zurück, auf welchem er gegen eine angemessene Civilliste in die Erklärung der Domänen als Staatseigenthum willigte, so dürfte dagegen, wie verlautet, der Landtag sich willig finden lassen sein Anerbieten von 100,000 Rthlr. jährlicher Civilliste noch durch Hinzufügung einiger Staatsdomänen von einem Drittel oder der Hälfte jener Summe an jährlichen Renten zu erhöhen, welche dann zugleich als Eigenthum auch für den Fall einer Mediatisation in Zukunft der Familie verbleiben würden. Auch in unserer Presse fehlt es nicht an vermittelnden Vorschlägen, welche so ziemlich auf das angegedeutete Resultat hinausgehen. Jedenfalls wäre es eben so erfreulich, als für das Wohl des Landes und des Regenten ersprießlich, wenn auf die eine oder die andere Weise die entstandene Differenz zwischen dem Großherzoge und dem Landtage ohne fremde Vermittlung beigelegt und ausgeglichen werden könnte. Der Großherzog soll erklärt haben, daß namentlich der von dem Deputirten Lindemann verfaßte Bericht des Finanzausschusses ihn schwer gekränkt habe, und gewiß ist es, daß dessen Sprache nicht ohne Einfluß auf Ton und Färbung der Erklärung des Großherzogs vom 3. Jan. geblieben ist.

Neudburg, 10. Jan. Unser Altstädter Bürgerverein hat dieser Tage in der deutschen Oberhauptsfrage eine Adresse nach Frankfurt abgefaßt und einstimmig genehmigt, in der man sich für die Uebertragung der Reichsgewalt an das Haus Hohenzollern ausspricht.

Börsenberichte.

Frankfurt, 16. Januar. Die steigende Bewegung hielt auch an heutiger Börse an; es zeigte sich viel Kauflust, die Fonds waren allgemein beliebt, und viele Sorten blieben abermals höher im Cours. Oesterreichische Effecten anfangs sehr beliebt, schlossen zuletzt etwas matter. 5pCt. Metall. bleiben 76 pCt. G., 2 1/2 pCt. ditto 10 1/2 pCt. Wiener Bauactien 1177 fl., 500 fl. Loose 134 pCt. G., 250 fl. Loose 79 1/2 pCt. G., Kurpfälzische 40 Rthlr. Loose 26 Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 26 3/4 fl., Bad. 50 fl. Loose 47 1/2 fl., Darmstädter 50 fl. Loose 67 3/4 fl. Geld, Sardinische Loose 25 1/2 fr., Polnische 500 fl. Loose 72 1/2 Rthlr., Holländische 2 1/2 pCt. Integralen 49 3/4 pCt. Geld, Belgische 2 1/2 pCt. Obligationen 42 3/4, 4 1/2 pCt. ditto 79, 5pCt. do. 86. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 1/4 Rthlr., Verbach 68 pCt., Köln-Minden 79 3/4 pCt., Taunus 274 fl. Geld, 3pCt. inländ. Span. österr. 20 pCt. bezahlt, schlossen 19 7/8 pCt. à 20 pCt. Der Umsatz in Wechsel heute auch nicht von Bedeutung; London 120 7/8 gemacht, Paris 95 3/8 gethan, Wien 106 3/8 bezahlt, Amsterdam 100 3/8 G., Berlin 105 1/8, Leipzig 105 1/4, Mailand 99. (Der verfallene Spanische-Coupon der Piaster heute zu 2 fl. 24 fr. verhandelt.)

Wien, 12. Jan. 5pCt. Metall. 85 1/4. — 4pCt. 70. — 3pCt. —. — 2 1/2 pCt. 44 1/2. — Bankactien 1090. — 500 fl. Loose 148 1/2. — 250 fl. Loose 84 1/2. — Nordbahnactien 102 1/2. — Gloggnitzer 99. — Mailänder —.

Fonds und Actien zu höhern Coursen begehrt, und viel Geschäft zumeist als Deckung der Contremine. Devisen und Species besser bezahlt.

Berlin, 15. Jan. Staatsschuldsscheine 79 1/2 etw. bez. u. G., Seehandlungs-Prämien-scheine 96 1/4 à 97 1/4 einz. St. bez., Bankactien 92 1/2 bez. (mit Divid.), Berlin-Hamburg 60 3/4 G., Köln-Minden 79 bez., Rheinische 52 1/2 bez., Thüringische 50 1/2 bez., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 1/4 à 1/2 bez. u. G., 4pCt. Russ. bei Stieglitz 85 bez. u. G., Poln. 500 fl. Loose 72 1/4 bez. Für Fonds sowohl als Eisenbahnactien herrschte eine günstige Stimmung; die Course waren im Ganzen fest, und von mehreren b. fr. Bon ersteren waren besonders Preuß. Seehandlungs-Prämien-scheine zu höherem Preise gefragt.

London, 13. Januar. Keine Börsennotirung. Die Post ist ausgeblieben.

Madrid, 8. Jan. 3pCt. 20 P., n. d. B. 19 7/8. Geld. — 5pCt. 9 7/8 G.

Deutsche Brüder!

Ein einiges, großes, mächtiges, freies Deutschland, das ist's, was wir erstreben, was wir seit der völkerehrwürdigen Bewegung der Märztagte erstreben haben. — Die Fesseln, welche der alte Bundes- tag mit der selbstthätigen, selbstigen, freien Aufschwung den einzelnen deutschen Staaten anlegte, sie waren das Unerträgliche, das Schimpfliche, was uns vor den Augen der Welt erniedrigte, was uns die Zukunft im Innern des Vaterlandes verächtlich und empörend machte. Diese zu brechen und an die Stelle der Selbstsucht, die die Staaten in sich trug, wahre Einheit und Freiheit zu setzen, darum ist das deutsche Volk aufgestanden und hat eine große, starke, gemeinsame Verfassung gefordert, unter deren Schutz sich alles Einzelne frei und selbstständig entwickeln können, wie es die Natur der Völker, wie es die Geschichte der Menschheit verlangen. Zu diesem Zweck ist das Borsparlament zusammengetreten, zu diesem Zwecke haben die Staaten, Völker und Regierungen einmütig das Parlament gebildet. Möchte auch Bahn und Selbstthätigkeit Einzelner gleich anfangs, statt ruhiger, friedlicher Gestaltung, mit Gewalt einen Unsturz des Bestehenden herbeiführen wollen, der gesunde Sinn der Völker hat mit starkem Willen die Regierungen unterstützt, ein so freibewegtes, un- beifswangeres Beginnen kräftig zu unterdrücken. Das Volk will Ordnung, will die Herrschaft des Gesetzes!

Die wiederholte Auflehnung gegen die gesetzliche Entwicklung, die welche sich durch die Mehrheit des Parlaments gestalten soll, die schlechten Mittel, deren sich die Selbstsucht und die Verblendung zur Erreichung ihrer unzeitigen, dem Gefühl des Volkes widerstrebenden Pläne gegen die Mehrheit unaufhörlich zu bedienen suchten, sie haben aber bei dem in seinen lebendigen Interessen angegriffenen und ver- letzten Volke den mächtigen Rückschlag verursacht, daß es im Stande ist, die Ruhe um jeglichen Preis zu wollen. Das ist das Werk der schlechten Völker, der in mannigfach erneuerter Gestalt auf- tauchenden Anarchie, der dauernden Revolution!

Die große Sache der Einheit Deutschlands, der einheitlichen und dadurch mächtigen Regierung unseres Vaterlandes ist heute wieder in Frage gestellt; denn schon sehen wir die erbärmliche Eitelkeit einzel- ner Regierungen sich mit den Führern der Anarchie vereinigen, um der wahren Einheit Deutschlands entgegenzutreten. Das ist die Verbindung der Lüge mit der Lüge! Erreicht sie ihren Zweck, so ist Deutschland zerrissen, machtlos als je, und das in einem Zeit- punkt, wo alle unsere Nachbarn gerüstet lauern, wie sie an dem zer- fallenen Deutschland Polens Theilung erneuern mögen.

Deutsche Brüder, seid wach! Jetzt gilt es Bestehen oder Vergehen! Sprecht es Alle laut aus, daß ihr die selbstthätige reactionäre Zersplitterung nicht wollt, die jetzt den Untergang Deutsch- lands herbeiführen muß. Eure Regierungen, eure Vertreter werden der verderblichen Eitelkeit entsagen, wenn sie Euren einmütigen Auf- hören. Deutschland wird nicht nur gerettet, es wird das größte, mäch- tigste, freieste Land Europas werden. Erkläret es laut in zahl- losen Adressen mit Millionen Stimmen durch die freie Presse, daß ganz Deutschland, daß die Paulskirche, daß alle Höfe und Regierungen davon widerhallen: Ihr wollt den Deutschen aller deut- schen, Heinrich Gagern, als verantwortlichen Leiter der Geschichte Deutschlands, ihr wollt die deutsche und mächtigste aller deutschen Nationen, die Kette von der Fremdherrschaft, ihr wollt Preußen mit seinem Könige an der Spitze Deutschlands, um euch auf ewige Zeiten zur Stärke und Wohlfahrt Deutschlands in un- zerbrechbarer Einheit um sie zu scharen. — Was ihr wollt, das wird und muß geschehen!

Weilburg a. d. Rahn, den 10. Januar 1849.

Der deutsch-constitutionelle Verein für Freiheit, Gesetz und Ordnung.

Gaildorf

im Jarkreise des Königreichs Württemberg.
Amtlicher Verkauf des Glas-Fabrik Etablissements
des Gottlieb Rau.

In dem freundlichen Rothenbach, einige hundert Schritte von dem Städtchen Gaildorf entfernt, befindet sich die hiesige beschriebene Glasfabrik und Wirtschaft des Gottlieb Rau, ein Etablissement in der günstigsten Lage mitten in Süddeutschland in einer holzreichen Gegend, an den Straßen von Stuttgart nach Nürnberg, Ulm nach Hall, Aalen, Ellwangen, Heilbronn, Gmünd, Schwabmünchen, Göttingen, 8 und 10 Stunden von den Eisenbahnen entfernt.

Dieses Anwesen wird am Mittwoch den 7. Februar 1849 früh 9 Uhr in öffentlichem Aufsteig an den Meistbietenden, in 3 Jahreszie- lern zahlbar, auf hiesigem Rathhause verkauft. Anwärterliche Liebhaber mögen sich mit Prädicats- und Vermögenszeugnissen einfinden und jeder Käufer hat einen tüchtigen Bürgen zu stellen. Es unterliegt kei- nem Zweifel, daß ein mit dem nötigen Betriebs-Capital ausgerüs- ter, umsichtiger, sich dem Geschäft mit Fleiß widmender Mann, mit dem Ankauf des Rau'schen Anwesens eine sehr gut rentirende Quelle eröffnet. — G. Rau hat seit 1 Monat die Fabrikation aufgegeben, aber es sind noch so viele Rohmaterialien vorhanden, daß täglich die Glasfabrikation begonnen werden kann, wie denn auch noch ein zahl- reiches Arbeiterpersonal mit Sehnsucht darauf wartet.

Beschreibung des Anwesens.

Ein großes Wohn- und Wirtschaftsgebäude; zwei abgeordnete Gebäude je mit einem Glasofen und 8 Arbeitsstätten; Gebäude für Laboranten-Wohnungen, Gemenghaus, Brauereigebäude, Scheuer, Stallung, Glasbleicherei; mehrere Morgen Holzplatz und Gärten und einige Morgen Wiesen, alles in der unmittelbaren Nähe der vor- stehenden Gebäude. Das Ganze ist angeschlagen zu 32,000 fl.

Den 4. Januar 1849.

Stadtschultheißen = Amt.

Kieser.

[145] Landgutsverkauf.

Ein schönes Landhaus am Rhein mit einem Arron- dissement von einigen Morgen Weinbergen etc., mit Jagd- und sonstigen Annehmlichkeiten, ist billig zu verkaufen. Näheres bei der Redaction.

[146] Annonce.

Ein junger Mann katholischer Religion, von kauf- männischer Bildung und hohem Alter, der über einen Fond von 12 bis 15,000 fl. zu verfügen hat, kann sich unter vortheilhaften Bedingungen in ein lucratives fest begründetes Geschäft associiren, jedoch muß er sich entschließen, an einem kleinen Orte am Rhein sein Domicil zu nehmen.

Ausfragende wollen sich in frankirten Briefen unter C. H. D. an die Redaction dieses Blattes wenden; auf anonyme Briefe wird jedoch keine Rücksicht ge- nommen.

[149] Mit dem Inkasso von Wechseln auf Deutsch- land und fremden Devisen, desgleichen mit An- und Verkauf von Staats-Obligations, Lotterie-Anleihen u. s. w. befaßt sich
M. A. Sahn & Cie.,
Banquiers in Mainz am Rhein.

[156] Zeit. Lit. D. Nr. 191 erster Stock sind drei möblirte Zimmer zu vermieten.

[146] Im Verlage von Eduard Gustav May (Paulsgasse Nr. 1) in Frankfurt a. M. erscheint in den nächsten Tagen und ist durch alle Kunst- und Buchhandlungen zu beziehen:

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

Ein Gedenkblatt für das deutsche Volk.

Illustrirt

von

J. B. Scholl.

Preis: colorirt, Text mit Golddruck 54 fr.
" schwarz " " farbigem Druck 36 fr.

Wer kennt nicht Scholls geniale Compositionen! Seinen geistreichen und gewis seine Illustrationen zu den „Grundrechten des deutschen Volkes“ beizuzählen. Das herrliche brillant ausgestattete Blatt führt uns nicht allein die Freude über das Erzeugene trefflich vor; es zeigt uns zugleich auch, nach welchen Seiten hin das deutsche Volk ein wahres Auge haben soll. Die Verlagehandlung hat, um dieses Blatt jedermann zugänglich zu machen, den Preis auf's Billigste gestellt.

[148] So eben ist erschienen und in der Wilmans'schen Buchhand- lung für 12 fr. zu haben:

Das Reichsoberhaupt.

Von

einem Uneingeweihten.

Das Schriftchen sucht die Möglichkeit zu zeigen, Oesterreich Deutsch- land zu erhalten.

Anlehen des Hochgebornen Herrn Grafen Ludwig von Ezechyni von 20 fl. 1,800,000 C.-M. vom Jahr 1845.

In der obligationsmäßig vorgenommenen zweiten Verloo- fung des genannten Anlehens sind die nachstehenden Partial- obligations, als:

Pr. A Nr.	181.	795.	834.	1134.	1166
	à fl.	1000.			
" B "	19.	171.	498.	640.	à fl. 500.
" C "	66.	85.	183.	347.	514.
	à fl.	250.			
" A "	19.	323.	544.	610.	1055.
	à fl.	1000.			
" B "	129.	285.	338.	500.	741.
" C "	11.	130.	637.	659.	à fl. 250.
" A "	329.	476.	742.	1131.	1159.
	à fl.	1000.			
" B "	133.	300.	335.	416.	457.
" C "	193.	379.	472.	à fl.	250.
" A "	61.	319.	778.	921.	1189.
	1194.	à fl.	1000.		
" B "	272.	280.	315.	749.	à fl. 500.
" C "	65.	292.	443.	771.	à fl. 250.
" A "	48.	53.	338.	491.	616.
	à fl.	1000.			
" B "	52.	390.	601.	703.	à fl. 500.
" C "	125.	303.	454.	553.	à fl. 250.
" A "	17.	283.	416.	417.	668.
	1036.	à fl.	1000.		
" B "	2.	342.	442.	476.	à fl. 500.
" C "	36.	57.	406.	573.	à fl. 250.

zur Rückzahlung — nach Eingang — an den beigesetzten Terminen bestimmt worden, bis zu welchen dieselben auch nur verzinst werden.

Frankfurt a. M., im December 1848.

[6] M. A. von Rothschild & Söhne.

[95] In der Nähe der Paulskirche Lit. K. Nr. 139 (2 neu) ist im ersten Stock ein vollständig und elegant möblirtes Zimmer zu vermieten.

[69] Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.

Von den Certificaten 17. Termins Nr. 15862 bis incl. 15891, 19239 bis incl. 19238, 34437 bis incl. 34443, 39735, 39754, 49107 bis incl. 49120, 67478, 67479, 71779 bis incl. 71783 ist bis jetzt die Ratenzahlung 18. Termins (1. November 1848) nicht geleistet worden.

Die Besitzer jener Certificate werden daher hierdurch auf- gefordert, unter Einlieferung derselben die gedachte Raten- zahlung nebst Erlegung von 2 Thlr. Conventionalstrafe für

C. L. V. Eckhardt's Beschreibung. Darm- stadt 1813.

2) (Englisch) 10zölliger Spiegelkreis von Trough- ton in London.

3) Ein (Pariser) 10zölliger Certant von Bau- mann in Stuttgart, mit Fernrohren von Frau- hofen.

Nähere Auskunft ertheilt Herr Eduard Müncke in Heidelberg.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[2598] Edictalladung.
Der am 30. September 1757 dahier geborne, seit längerer Zeit unbekannt wo abwesende israelitische Bürgersohn David Bing, oder dessen Leibeserben werden hierdurch aufgefordert, sich bei unterzeichnetem Stadtgerichte innerhalb einer Frist von

sechs Monaten anzumelden, beziehungsweise zu legitimiren, bei Ver- weidung, daß nach fruchtlosem Ablaufe dieser Frist David Bing für todt und als ohne Leibeserben ver- storben erklärt werden soll.

Frankfurt a. M., den 13. November 1848.

Senator Dr. Gwinner, Director.
Dr. Eysen, 1r. Secr.

jedes Stück binnen vier Wochen an die Gesellschaftskasse dahier zu bewirken, widrigenfalls dem § 24 des Statuts ge- mäß, jene Certificate für ungültig werden erklärt werden.

Kassel, am 4. Januar 1849.

Die Direction

der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.
Arnold.
vdt. Dr. Eisenberg.

49 St. Galizisch-ständische Pfandbriefe in Conv.-Münze.

Im Auftrag löblicher Direction der galizisch-stän- dischen Credit-Anstalt bringen wir hiermit nachstehendes Nummern-Verzeichniß mit dem Bemerken zur allge- meinen Kenntniß, daß die darin erwähnten am 30. Juni d. J. zahlbaren Pfandbriefe unter vorheriger Abstempelung, nach Eingang baar und ohne Abzug zu 6 fl. Ver-Münze für fl. 5 C.-M. auch an unserer Cassa eingelöst werden.

Frankfurt a. M., den 8. Jan. 1849.

Gebrüder Bethmann.

Nummern-Verzeichniß
der in der öffentlichen Sitzung der Direction des ga- lizisch-ständischen Credit-Vereins in Lemberg am 23. Dec. 1848 verloosten Pfandbriefe, welche am 30. Juni 1849 nach ihrem Nominalwerthe in C.-M. baar eingelöst werden:

der Serie II. zu fl. 5000, 2 Stück, Serienzahl 94, 235;
der Serie III. zu fl. 1000, 35 Stück, Serienzahl 124, 129, 137, 482, 496, 506, 838, 907, 1431, 1468, 1604, 1792, 1917, 1949, 2230, 2370, 2399, 2403, 2499, 2673, 2913, 3436, 3438, 3504, 3775, 3796, 4303, 4309, 4541, 4651, 4871, 5348, 5384, 6067, 6228;

der Serie IV. zu fl. 500, 11 Stück, Serienzahl 125, 164, 277, 338, 357, 694, 721, 995, 1545, 1561, 1901;

der Serie V. zu fl. 100, 29 Stück, Serienzahl 240, 671, 775, 916, 1012, 1095, 1277, 1279, 1471, 1570, 1687, 1700, 1749, 1828, 2104, 2159, 2304, 2408, 2682, 3226, 3236, 3456, 3806, 3830, 3849, 3979, 4020, 4238, 4419.

Die Direction des galizisch-ständischen Creditvereins fordert die Inhaber obiger Pfandbriefe hiermit auf, dieselben bei der Creditcassa in Lemberg oder bei den mit dem Vereine in Geschäftsverbindung stehenden Handlungshäusern der Herren Wajna u. Comp. in Wien, Mich. Kaskel in Dresden, Wendelsohn u. Comp. in Berlin, Gebrüder Bethmann in Frankfurt a. M. und Franz Anton Wolf in Krakau auslösen zu wollen, weil die Coupons, welche über die Verfallzeit eines verloo'ten Pfandbriefes ein- gelöst worden wären, im Sinne des § 11 der Sta- tuten von dem baar erliegenden Pfandbrief-Capitale in Abzug gebracht werden.

Lemberg am 23. December 1848.

Von der Direction

des galizisch-ständischen Credit-Vereins.

[120] Wein-Versteigerung.

Donnerstag den 25. Januar Nachmittags 3 Uhr, werden auf frei- williges Ansuchen

10 Stück 1846r Königsbacher Traminer-Weine und 250 Flaschen Champagner

in dem Keller der Behausung Nr. 19 neu auf dem großen Hirsch- graben öffentlich an den Meistbietenden versteigert. Mittwoch den 24. Januar, Vormittags von 10 bis 12 und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, können diese Weine an den Fässern probirt werden.

C. Belschner, Ausrufer.

[2702] Edictalladung.

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Bürgersohns Marie Julie Schönhard Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten bei unterzeichnetem Gericht so gewis anzuzeigen, als ansonsten dieser Nachlaß an die aufgetretenen zum Theil auswärtig wohnenden Intestatenerben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 24. November 1848.

Stadt-Gericht.

Senator Dr. Gwinner, Director.

Dr. Eysen, 1r. Secr.

[22] Edictalladung.
Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Bürgers, Dr. med. und praktischen Arztes, sowie auch königl. preussischen Hofraths, Georg Friedrich Hoffmann, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hier- durch vorgeladen, solche binnen zwei Monaten bei unterzeichnetem Gericht so gewis anzuzeigen, als ansonsten dieser Nachlaß an den aufgetretenen aus- wärtig wohnenden Testamentserben ohne einige Cau- tion verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 22. Dec. 1848.

Stadt-Gericht.

Senator Dr. Gwinner, Director.

Dr. Eysen, 1r. Secr.

(Neß Konversationsblatt und Beilage.)

Druck von August Oesterleth.